

Arlie Russell Hochschild

# FREMD IN IHREM LAND

Eine Reise ins Herz der  
amerikanischen Rechten



campus

**FREMD IN IHREM LAND**

In vielen westlichen Ländern sind rechte, nationalistische Bewegungen auf dem Vormarsch. Wie ist es dazu gekommen? Arlie Russell Hochschild reiste ins Herz der amerikanischen Rechten, nach Louisiana, und suchte fünf Jahre lang das Gespräch mit ihren Landsleuten. Sie traf auf frustrierte Menschen, deren »Amerikanischer Traum« geplatzt ist; Menschen, die sich abgehängt fühlen, den Staat hassen und sich der rechtspopulistischen Tea-Party-Bewegung angeschlossen haben. Hochschild zeigt eine beunruhigende Entwicklung auf, die auch in Europa längst begonnen hat. Hochschilds Reportage ist nicht nur eine erhellende Deutung einer gespaltenen Gesellschaft, sondern auch ein bewegendes Stück Literatur.

*Arlie Russell Hochschild* ist eine der bedeutendsten Soziologinnen der Gegenwart und emeritierte Professorin der University of California, Berkeley. *Strangers in Their Own Land* stand auf der Shortlist für den National Book Award 2016.

Arlie Russell Hochschild

**FREMD  
IN IHREM  
L A N D**

Eine Reise ins Herz der  
amerikanischen Rechten

Aus dem Englischen von Ulrike Bischoff

Campus Verlag  
Frankfurt/New York

© Campus Verlag GmbH

Die englischsprachige Originalausgabe *Strangers in Their Own Land. Anger and Mourning on the American Right* erschien 2016 bei The New Press (New York).

ISBN 978-3-593-50766-8 Print  
ISBN 978-3-593-43690-6 E-Book (PDF)  
ISBN 978-3-593-43764-4 E-Book (EPUB)

Das Werk einschließlich aller seiner Teile ist urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung ist ohne Zustimmung des Verlags unzulässig. Das gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und die Einspeicherung und Verarbeitung in elektronischen Systemen. Trotz sorgfältiger inhaltlicher Kontrolle übernehmen wir keine Haftung für die Inhalte externer Links. Für den Inhalt der verlinkten Seiten sind ausschließlich deren Betreiber verantwortlich.

Copyright © 2016 Arlie Russell Hochschild

Copyright © 2017. Alle deutschsprachigen Rechte bei Campus Verlag GmbH, Frankfurt am Main.

Umschlaggestaltung: Campus Verlag GmbH, Frankfurt am Main

Umschlagmotiv: © Richard Misrach, courtesy Fraenkel Gallery, San Francisco, Pace/MacGill Gallery, New York and Marc Selwyn Fine Art, Los Angeles

Konvertierung in EPUB: le-tex publishing services GmbH, Leipzig

[www.campus.de](http://www.campus.de)

*Für Harold und Annette Areno*

*Und für Willie, Wilma, Marylee, Mike T.,  
Clara und den General*



# Inhalt

Vorwort .....	9
---------------	---

## **TEIL I DAS GROSSE PARADOX**

Reise ins Herz .....	17
»Immerhin etwas Gutes« .....	46
Die Erinnerer .....	62
Die Kandidaten .....	83
Die »am wenigsten widerstandsbereite Persönlichkeit« .....	107

## **TEIL II DAS GESELLSCHAFTLICHE UMFELD**

Industrie: »Die Schnalle an Amerikas Energiegürtel« .....	123
Der Staat: Marktregulierung 1200 Meter unter der Erdoberfläche .....	141
Kanzel und Presse: »Das Thema kommt nicht zur Sprache« ..	163

## **TEIL III DIE TIEFENGESCHICHTE UND DIE MENSCHEN DARIN**

Die Tiefengeschichte .....	187
Die Teamplayer: Loyalität über alles .....	210
Die Gläubigen: Stiller Verzicht .....	230
Die Cowboys: Stoizismus .....	245
Die Rebellen: Loyale Teamplayer für ein neues Anliegen .....	259



**TEIL IV**  
**DIE NATIONALE EBENE**

Die Feuer der Geschichte: Die 1860er und die 1960er Jahre . . .	277
Nicht länger fremd: Die Macht der Verheißung . . . . .	296
»Es heißt, da gibt es herrliche Bäume.« . . . . .	309
Nachwort zur deutschen Ausgabe . . . . .	327
Danksagung . . . . .	333
Anhang A: Zur Forschungsmethode . . . . .	339
Anhang B: Politik und Umweltverschmutzung:	
Erkenntnisse aus der landesweiten ToxMap . . . . .	344
Anhang C: Faktencheck zu gängigen Ansichten . . . . .	348
Anmerkungen . . . . .	357
Literatur . . . . .	410

## Vorwort

Als ich vor fünf Jahren mit dieser Forschungsarbeit begann, war ich besorgt über die zunehmend feindselige Spaltung unseres Landes in zwei politische Lager. Viele Linke hatten den Eindruck, die Republikanische Partei und Fox News seien fest entschlossen, einen Großteil des Staatsapparates auf Bundesebene abzuschaffen, die Sozialleistungen für Arme zu kürzen und Macht und Reichtum des ohnehin schon mächtigen und reichen obersten Prozents der Bevölkerung zu steigern. Unter den Rechten hielten viele diesen Staat für das Vehikel einer Macht anhäufenden Elite, die Scheingründe erfand, um ihre Kontrolle auszuweiten und als Gegenleistung für loyale demokratische Wählerstimmen Geld zu verteilen. Seit dieser Zeit hat sich der Bruch zwischen beiden Parteien vertieft, und Donald Trump ist auf die Bildfläche gestürmt und lässt den Puls des politischen Lebens in den Vereinigten Staaten höher schlagen. Vom liberalen linken Lager hatte ich eine gewisse Vorstellung, doch was passierte auf der Rechten?

Die meisten, die sich diese Frage stellen, nähern sich ihr aus einem politischen Blickwinkel. Und obwohl auch ich meine Ansichten habe, interessiere ich mich als Soziologin brennend dafür, wie Anhänger der Rechten das Leben empfinden – also für die Gefühle, die der Politik zugrunde liegen. Um diese Emotionen zu verstehen, musste ich mich in die Menschen hineinversetzen. Bei diesem Bemühen stieß ich auf ihre »Tiefengeschichte«, eine Erzählung, die der gefühlten Wirklichkeit entspricht.

Die Politik als Forschungsgegenstand war für mich etwas völlig

Neues, das galt jedoch nicht für meine Herangehensweise. In meinem Buch *Der 48-Stunden-Tag* hatte ich mich auf die ewige Frage konzentriert, wie Eltern sich Zeit für Zuwendung und häusliches Leben verschaffen, wenn beide außer Haus arbeiten. Ich hatte in den Küchen berufstätiger Eltern auf dem Fußboden gesessen und beobachtet, nach welchem Elternteil ein Kind rief, wer ans Telefon ging und wie viel Dankbarkeit einer für den anderen empfand.

Auf der Suche nach familienfreundlichen Arbeitsstellen hatte ich auf Parkplätzen vor Fabriken und Firmenzentralen herumgehungen und beobachtet, wann müde Arbeitskräfte nach Hause gingen (*Keine Zeit: Wenn die Firma zum Zuhause wird und zu Hause nur Arbeit wartet*), und ich hatte die Träume Berufstätiger erforscht: von den Urlauben, die sie machen würden, oder vom Gitarrenspiel, das sie erlernen würden, »wenn sie nur Zeit hätten«. Ich hatte eingehende Gespräche mit philippinischen Kindermädchen (*Global Woman*) geführt und in dem indischen Dorf Gujarat bezahlte Leihmütter interviewt, die für westliche Kunden deren Babys austrugen (*The Outsourced Self*). All diese Studien hatten mich zu der Überzeugung gebracht, dass eine bezahlte Elternzeit für berufstätige Eltern Neugeborener und adoptierter Kinder gut wäre – eine Leistung, die es in allen großen Industrieländern der Welt außer in den USA gibt. Da mittlerweile die meisten amerikanischen Kinder in Familien leben, in denen alle Erwachsenen berufstätig sind, schien mir die Idee einer bezahlten Elternzeit wichtig, human und überfällig. Doch dieses Ideal prallte mit Wucht auf eine neue Realität: Viele Anhänger der Rechten sind gegen jede staatliche Unterstützung für Familien von Berufstätigen. Tatsächlich wollen sie, dass der Staat sich in vielen Bereichen, vom Militär abgesehen, möglichst wenig einmischt. Andere Ideale – Verbesserung des Umweltschutzes, Abwenden der Erderwärmung, Maßnahmen gegen Obdachlosigkeit – stoßen an die gleiche, fest verschlossene Tür. Mir wurde klar: Wenn wir staatliche Unterstützung wollen, um eines dieser Ziele zu erreichen, müssen wir die Menschen verstehen, die den

Staat eher als Problem denn als Lösung begreifen. Daher begab ich mich auf die Reise in das Herz der amerikanischen Rechten.

Bereits in den ausgehenden 1960er Jahren hatten mein Mann Adam und ich eine Spaltung in der amerikanischen Kultur bemerkt und uns einen Monat lang in Santa Ana, Kalifornien, in den Kings Kauai Garden Apartments einquartiert – mit Gemeinschaftsterrasse samt Dschungeldekoration und eingespielten Geräuschen von Dschungeltieren –, um die Mitglieder der John Birch Society, eines rechten Vorläufers der Tea Party, kennenzulernen. Wir hatten an Treffen der Gesellschaft teilgenommen und mit so vielen Leuten gesprochen, wie wir nur konnten. Viele der Mitglieder, die wir trafen, waren in Kleinstädten im Mittelwesten aufgewachsen und fühlten sich in den anomischen kalifornischen Vororten zutiefst desorientiert, ein Unbehagen, das sie in die Überzeugung umsetzten, die amerikanische Gesellschaft laufe Gefahr, von Kommunisten übernommen zu werden. Wenn wir uns umsahen, konnten wir gut verstehen, wieso sie das Gefühl einer »Übernahme« hatten: Innerhalb weniger Jahre waren ganze Orangenhaine in einer völlig planlosen Urbanisierung Parkplätzen und Einkaufszentren gewichen. Auch wir hatten das Gefühl, einer Übernahme ausgeliefert zu sein, allerdings handelte es sich dabei keineswegs um Kommunismus.

Den größten Teil meines Lebens habe ich zum progressiven Lager gehört, doch in den letzten Jahren ist in mir der Wunsch aufgekeimt, die Menschen des rechten Lagers besser verstehen zu wollen. Wie kamen sie zu ihren Ansichten? Könnten wir in manchen Dingen gemeinsame Sache machen? Diese Fragen brachten mich dazu, eines Tages Sharon Galicia, eine warmherzige, zierliche, weiße, alleinerziehende Mutter und blonde Schönheit, auf ihren Runden durch die tristen Industriegebiete von Lake Charles, Louisiana, zu begleiten, wo sie Krankenversicherungen verkaufte. Unbeeindruckt vom ohrenbetäubenden Lärm einer Kreissäge, die riesige Stahlbleche schnitt, plauderte sie mit Arbeitern, die ihre

Schutzbrillen auf die Stirn geschoben hatten und mit verschränkten Armen dastanden. Sie war eine charmante und überzeugende Schnellsprecherin («Was ist, wenn ihr einen Unfall habt, eure Rechnungen nicht bezahlen oder nicht einen Monat warten könnt, bis eure Versicherung in Kraft tritt? Wir versichern euch innerhalb von 24 Stunden.») Während sie nach einem Stift griffen, um zu unterschreiben, plauderte sie mit ihnen über die Rotwildjagd, den Anteil von Alligatorfleisch in Blutwurst – einer beliebten, würzigen Spezialität aus Louisiana – und über das letzte Spiel der LSU Tigers.

Auf der Fahrt von Fabrik zu Fabrik erfuhr ich Sharons Geschichte. Sie erzählte mir, dass ihr Vater, ein wortkarger Fabrikarbeiter, sich von ihrer Mutter hatte scheiden lassen, wieder geheiratet hatte und in einen Wohnwagen dreißig Autominuten entfernt gezogen war, ohne ihrem Bruder und ihr etwas davon zu sagen. Als ich mich von ihr trennte, war ich voller Fragen. Was war aus ihrem Vater geworden? Wie hatte sich das Scheitern seiner Ehe auf sie als kleines Mädchen, später als Ehefrau und nun als alleinerziehende Mutter ausgewirkt? Wie sah das Leben der jungen Männer aus, mit denen sie sprach? Warum war diese gescheite, nachdenkliche, resolute junge Frau – die von bezahlter Elternzeit hätte profitieren können – ein begeistertes Mitglied der Tea Party, für die eine solche Idee schlichtweg unvorstellbar war?

Selbstverständlich bedankte ich mich sofort bei Sharon, dass sie mir erlaubt hatte, sie auf ihren Runden zu begleiten, innerlich dankte ich ihr später erneut für ihr Vertrauen und Entgegenkommen. Erst nach einer Weile fiel mir auf, dass die Verbindung zu ihr wesentlich wertvoller war, als ich anfangs gedacht hatte. Sie war das Gerüst für eine Empathiebrücke. Beiderseits der Kluft glauben wir zu Unrecht, Empathie mit der »anderen« Seite bedeute das Ende einer nüchternen Analyse, während die wichtigste Untersuchung in Wirklichkeit erst jenseits der Brücke anfangen kann.

Unsere Sprache bietet nicht viele Worte, um das Gefühl zu beschreiben, dass man auf jemanden aus einer anderen Welt zugeht

und dieses Interesse positiv aufgenommen wird. Dadurch entsteht etwas ganz Eigenes, Wechselseitiges. Was für ein Geschenk. Dankbarkeit, Ehrfurcht, Wertschätzung: Für mich treffen alle diese Worte zu, und ich weiß nicht, welches ich verwenden soll. Aber ich glaube, wir brauchen ein besonderes Wort und sollten ihm einen Ehrenplatz einräumen, um etwas wiederherzustellen, was vielleicht eine fehlende Taste auf der kulturellen Klaviatur unserer englischsprachigen Welt ist. Unsere Polarisierung und die Tatsache, dass wir uns zunehmend schlicht nicht kennen, macht es allzu einfach, uns mit Abneigung und Verachtung zufriedenzugeben.

Die Erfahrung, auf andere zuzugehen und bei ihnen Entgegenkommen zu finden, machte ich erstmals als Kind eines Diplomaten. In meiner kindlichen Vorstellung hatte ich eine persönliche Mission ähnlich der meines Vaters, mich mit den Menschen in all den fremden Ländern anzufreunden, in die sein Beruf uns führte. Ich dachte, ich hätte den Auftrag, auf Menschen zuzugehen, die sich anders kleideten, anders sprachen, gingen, aussahen als wir und einer anderen Religion angehörten. Hatte mein Vater mich wirklich gebeten, das zu tun? Ich glaube nicht. Warum tat ich es also? Ich hatte keine Ahnung. Das begriff ich erst viel später. Seltsamerweise empfand ich die gleiche Dankbarkeit für die Beziehung, als ich viele Jahrzehnte später mit Sharon von Fabrik zu Fabrik fuhr und als ich mich mit den vielen anderen unterhielt, die ich im Laufe der Recherchen zu diesem Buch traf. Wieder hatte ich das Gefühl, in einem fremden Land zu sein, nur war es diesmal mein eigenes.



Teil I

# **DAS GROSSE PARADOX**





# Kapitel 1

## Reise ins Herz

Langsam rollt Mikes roter Truck auf dem unbefestigten Feldweg zwischen hohen Reihen Zuckerrohr entlang, dessen elegante, silbrige Rispen sich in der Oktobersonne wiegen, so weit das Auge auf der Schwemmlandebene reicht. Wir befinden uns auf der ehemaligen Armelise-Plantage. Einige Kilometer westwärts fließt der Mississippi und schleppt Erdreich und Abfälle aus dem Mittelwesten nach Süden, an New Orleans vorbei in den Golf von Mexiko. »Früher sind wir immer barfuß zwischen den Reihen durchgegangen«, sagt Mike, ein großer, freundlicher Weißer von 64 Jahren. Er nimmt seine Sonnenbrille ab, betrachtet ein Zuckerrohrfeld und lässt den Wagen beinahe zum Stehen kommen. Mit dem Arm deutet er durch das Seitenfenster links in die Ferne. »Meine Oma wohnte da ... *drüben*.« Er schwenkt den Arm nach rechts: »Die Tischlerei meines Großonkels Tain war ungefähr ... *da*.« Ganz in der Nähe stand das Haus eines weiteren Großonkels, Henry, mit Spitznamen »Pook«. Ein Mann namens »Pirogue« hatte eine Schmiede, wo Mike und sein Freund Metallreste aufstößerten, die in seinen Jungenaugen »wie Gold« glänzten. Sein Großvater Bill beaufsichtigte die Zuckerrohrfelder. Miss Ernestines Laden war seitlich, »da ... *drüben*«, erzählt Mike weiter. Sie war eine schlanke schwarze Frau und bedeckte ihr Haar mit einem weißen Bandana, erinnert er sich. »Sie kochte gern einen Gumbo [Eintopf] aus Waschbär und Opossum, wir brachten ihr, was wir am Tag erjagt

hatten, und auch Kahlhecht. Ich hab noch im Ohr, wie sie aus dem Fenster rief, wenn ihr Mann den Wagen nicht gestartet bekam: ›Irgendwas hat das Auto.« Dann deutet Mike auf einen Feldweg, der seiner Erinnerung nach zu dem Haus führte, in dem er aufgewachsen ist. »Es war ein Shotgun-Haus«, überlegt er. »Man konnte geradewegs durchschießen. Aber für uns neun reichte es.« Es hatte zu den renovierten Sklavenunterkünften der Armelise-Plantage gehört, auf der Mikes Vater als Klempner gearbeitet hatte. Wenn Mike und ich aus dem Wagenfenster schauen, sehen wir eindeutig völlig verschiedene Dinge: Er sieht eine geliebte, belebte, längst vergangene Welt, ich sehe ein grünes Feld.

Wir halten an, steigen aus und gehen in die nächstgelegene Reihe zwischen den Zuckerrohrpflanzen. Mike schneidet einen Halm ab, köpft ihn und trennt zwei Stücke aus dem faserigen Zuckerrohr heraus. Wir kauen darauf herum und saugen den süßen Saft aus. Wieder im Truck, setzt Mike seine Träumerei über den längst verschwundenen Weiler Banderville fort, der erst in den 1970er Jahren endgültig abgerissen wurde. Etwa drei Viertel der Einwohner waren schwarz und ein Viertel weiß, und sie lebten, soweit er sich erinnert, in enger, ungleicher Harmonie. Mike hatte seine Kindheit in einer Zeit des Zuckers, der Baumwolle und der von Maultieren gezogenen Pflüge verbracht und sein Erwachsenenleben in der Zeit des Erdöls. Als Jugendlicher hatte er sich im Sommer Geld für das College verdient, indem er für den Bau von Bohrplattformen Holzplanken durch mückenverseuchte Bayous verlegt hatte. Als Erwachsener mit Collegeabschluss hatte er sich eigenständig zum »Lafpsman« weitergebildet, also zu einem Fachmann, der Größe, Stärke und Materialkosten für den Bau großer Plattformen für Bohrrinseln im Golf und für die großen weißen Tanks berechnete, in denen man große Mengen Erdöl und andere Chemikalien lagerte. »Als ich ein Junge war, hielt man am Straßenrand den Daumen raus und wurde mitgenommen. Hatte man einen Wagen, nahm man Anhalter mit. Wenn jemand Hunger hatte, gabst du

ihm zu essen. Es existierte eine Gemeinschaft. Wissen Sie, was das alles untergraben hat?» Er macht eine Pause. »Der Staat.«

Wir steigen wieder in seinen roten Truck, trinken einen Schluck Wasser (er hat Plastikflaschen für uns beide mitgebracht) und fahren langsam weiter durch das Zuckerrohr, während unser Gespräch sich der Politik zuwendet. »Die meisten hier sind Cajun, katholisch, konservativ«, erklärt er mir und fügt begeistert hinzu: »Ich bin für die Tea Party!«

Zum ersten Mal hatte ich Mike Schaff einige Monate zuvor gesehen, als er bei einer Umweltschutzdemonstration in Baton Rouge auf den Stufen des Parlamentsgebäudes, dem Louisiana State Capitol, an einem Mikrofon gestanden und mit vor Emotionen brüchiger Stimme gesprochen hatte. Er gehörte zu den Opfern einer der seltsamsten und buchstäblich erschütterndsten Umweltkatastrophen des Landes, die ihm sein Zuhause und seine Gemeinde geraubt hatte: ein Einsturzkrater, der dreißig Meter hohe Bäume verschluckt und sechzehn Hektar Sumpfland von oben nach unten gekehrt hatte, wie ich später noch eingehender beschreiben werde. Das warf in meinem Kopf eine große Frage auf: Urheber dieser Katastrophe war eine Bohrfirma, die nur geringen gesetzlichen Regulierungen unterlag. Doch als Anhänger der Tea Party hatte Mike die Abschaffung aller erdenklichen staatlichen Regulierungen und drastische Kürzungen der Staatsausgaben bejubelt – einschließlich der Umweltschutzausgaben. Wie konnte er bei der Erinnerung an sein verlorenes Zuhause den Tränen nahe sein und gleichzeitig eine Welt weitgehend ohne staatliche Eingriffe fordern, sofern sie nicht das Militär und die Hurrikanhilfe betrafen? Ich war verwirrt und spürte eine Mauer zwischen uns.

## EMPATHIEMAUERN

Gewissermaßen war ich nach Louisiana gekommen, weil ich mich für Mauern interessierte. Nicht für sichtbare, greifbare Mauern oder Zäune wie jene, die in Belfast Katholiken und Protestanten, an der texanischen Grenze Amerikaner und Mexikaner trennen oder einst die Einwohner von Ost- und Westberlin trennten. Eine Empathiemauer ist vielmehr ein Hindernis für das Tiefenverständnis eines anderen, das uns gleichgültig oder sogar feindselig gegen Menschen macht, die andere Ansichten haben oder in anderen Verhältnissen aufgewachsen sind. In einer Zeit politischer Umbrüche greifen wir nach leicht verfügbaren Gewissheiten. Neue Informationen zwängen wir in unsere ohnehin vorhandenen Denkmuster. Wir begnügen uns damit, unsere Gegenspieler von außen zu kennen. Aber ist es auch möglich, ohne ein Abrücken von den eigenen Überzeugungen andere von innen kennenzulernen, die Wirklichkeit mit ihren Augen zu sehen, die Verknüpfungen zwischen Lebensverhältnissen, Einstellungen und Politik zu verstehen, also die Empathiemauer zu überwinden?<sup>1</sup> Ich hielt es für machbar.

Ich hatte Mike Schaff gebeten, mir zu zeigen, wo er aufgewachsen war, weil ich, wenn möglich, verstehen wollte, wie er die Welt sah. Als ich mich ihm vorgestellt hatte, hatte ich erklärt: »Ich komme aus Berkeley, Kalifornien, ich bin Soziologin und versuche, die tiefer werdende Spaltung in unserem Land zu verstehen. Darum möchte ich meine politische Blase verlassen und die Menschen in Ihrer Blase kennenlernen.« Bei dem Wort »Spaltung« nickte Mike und stichelte dann: »Berkeley? Da seid ihr ja wohl alle *Kommunisten!*« Er grinste, als wollte er sagen: »Wir Cajuns haben Humor, ich hoffe, ihr auch.«

Mike machte es einem nicht schwer. Er war ein großer, kräftiger Mann mit einer Brille inmitten seines sonnengebräunten Gesichts, sprach leise, fast murmelnd in knappen Sätzen und neigte sowohl

zu gefühlvollen, zuweilen selbstironischen Betrachtungen als auch zu unerschütterlichen Facebook-Statements. Zu seinem familiären Hintergrund erklärte er mir: »Meine Mum war Cajun, mein Dad Deutscher. Wir Cajuns nennen uns Coonasses. Weil ich halb Cajun, halb Deutscher bin, hat meine Mutter mich Halbarsch genannt.« Wir lachten. Mike war eines von sieben Kindern, die sein Vater mit seinem Klempnerlohn aufgezogen hatte. »Wir wussten nicht, dass wir arm waren«, sagte er – eine Äußerung, die ich von den Menschen der extremen Rechten, die ich traf, immer wieder hören sollte, wenn sie über ihre Kindheit oder die ihrer Eltern sprachen. Mike hatte den Blick eines Ingenieurs, die Liebe eines Sportsmanns zu Fischen und Wild und das Ohr eines Naturkundlers für den Ruf eines Laubfroschs. Ich kannte keine Mitglieder der Tea Party, jedenfalls keine, mit denen ich mich eingehend unterhalten hätte, und Mike kannte nicht viele Leute von meiner Sorte. »Ich bin pro Leben, pro Waffen, pro Freiheit, so zu leben, wie wir wollen, solange wir niemandem schaden. Und ich bin gegen einen aufgeblähten Staat«, erklärte Mike. »Unser Staat ist viel zu aufgebläht, zu gierig, zu inkompetent, zu gekauft und einfach nicht mehr unserer. Wir müssen zurück zu unseren lokalen Gemeinschaften, wie wir sie auf Armelise hatten. Ehrlich, dann wären wir besser dran.«

Nicht nur die Kluft zwischen den beiden großen politischen Parteien des Landes hat sich in solchen Fragen gegenüber früher vertieft, sondern auch die zwischen den politischen Einstellungen der Bürger. Als amerikanische Erwachsene bei einer Umfrage 1960 befragt wurden, ob es sie »stören« würde, wenn ihr Kind ein Mitglied der anderen Partei heiraten sollte, antworteten nur fünf Prozent der Mitglieder beider Parteien mit Ja. Im Jahr 2010 bejahten dagegen 33 Prozent der Demokraten und 40 Prozent der Republikaner diese Frage.<sup>2</sup> Tatsächlich ist die Parteibindung – *partyism*, wie manche es nennen – mittlerweile eine stärkere Quelle spaltender Vorurteile als der Rassismus.<sup>3</sup>

Wenn Amerikaner früher umzogen, so taten sie es auf der

Suche nach besseren Arbeitsstellen, preiswerteren Wohnungen oder milderem Klima. Wenn sie heutzutage umziehen, tun sie es häufiger, um in der Nähe von Gleichgesinnten zu wohnen, wie Bill Bishop und Robert G. Cushing in ihrem Buch *The Big Sort: Why the Clustering of Like-Minded Americans Is Tearing Us Apart* feststellen.<sup>4</sup> Menschen schotten sich in emotional unterschiedlich gestimmten Enklaven ab: Wut hier, Hoffnung und Vertrauen dort. So kaufte sich eine Gruppe libertärer Texaner ein Areal in der Salzwüste östlich von El Paso, nannte es Paulville und reservierte es für begeisterte, »freiheitsliebende« Anhänger von Ron Paul. Und je mehr sich solche Menschen auf die Gesellschaft Gleichgesinnter beschränken, umso extremer werden ihre Ansichten. Laut einer Studie des Pew Research Center von 2014, an der 10 000 Amerikaner teilnahmen, sind die politisch engagiertesten Befragten beider Seiten überzeugt, die Anhänger der »anderen Partei« vertreten nicht nur eine falsche Meinung, sondern seien »so irreführend, dass sie eine Bedrohung für das Wohl des Landes darstellen«.<sup>5</sup> Im Gegensatz zu früher informiert sich jede Seite zunehmend durch die Nachrichten ihrer eigenen Fernsehsender: die Rechte bei Fox News, die Linke bei MSNBC. Und damit wächst die Kluft.

Wir leben in der »Tea-Party-Ära«, wie es in der Zeitschrift *New Yorker* hieß. Die Tea Party hat etwa 350 000 aktive Mitglieder, wird aber laut einer anderen Pew-Umfrage von 20 Prozent der Amerikaner – 45 Millionen Menschen – unterstützt.<sup>6</sup> Und die Spaltung zieht sich durch eine erstaunliche Themenvielfalt. Laut Umfragen sind 90 Prozent der Demokraten vom Anteil des Menschen am Klimawandel überzeugt gegenüber 59 Prozent der gemäßigten Republikaner, 38 Prozent der konservativen Republikaner und nur 29 Prozent der Tea-Party-Anhänger. Tatsächlich ist die politische Einstellung der stärkste Einzelfaktor, der die Ansichten zum Klimawandel bestimmt.<sup>7</sup>

Diese Kluft ist größer geworden, weil die Rechte weiter nach rechts gerückt ist, und nicht etwa, weil die Linke sich nach links

bewegt hätte. Die republikanischen Präsidenten Eisenhower, Nixon und Ford unterstützten alle eine Verfassungsänderung, die Frauen die gleichen Rechte wie Männern einräumen sollte (Equal Rights Amendment). In ihrem Parteiprogramm von 1960 begrüßte die Republikanische Partei noch »freie Kollektivverhandlungen« zwischen Arbeitgebern und Gewerkschaften. Republikaner brüsteten sich mit »der Ausweitung des Mindestlohns auf mehrere Millionen weitere Arbeitskräfte« und mit der »Stärkung der Arbeitslosenversicherung und der Ausweitung ihrer Leistungen«. <sup>8</sup> Unter Dwight Eisenhower lag der Steuersatz für Spitzenverdiener bei 91 Prozent, 2015 nur noch bei 40 Prozent. <sup>9</sup> Fast alle republikanischen Kandidaten, die sich 2016 um das Präsidentenamt bewarben, griffen die gemeinnützige Organisation für Familienplanung, Planned Parenthood, scharf an. Dabei war eine ihrer Gründerinnen Peggy Goldwater, die Ehefrau des republikanischen Präsidentschaftskandidaten von 1968, Barry Goldwater. General Eisenhower forderte massive Investitionen in die Infrastruktur, heute halten nahezu alle republikanischen Kongressabgeordneten solche Maßnahmen für eine erschreckende staatliche Überregulierung. Ronald Reagan erhöhte die Staatsverschuldung und war für Waffengesetze, heute erlaubt die republikanische Gesetzgebung im Bundesstaat Texas das »offene Tragen« geladener Waffen in Kirchen und Banken. Die Konservativen von gestern erscheinen heutzutage gemäßigt oder liberal.

Derzeit fordert die extreme Rechte Kürzungen in ganzen Bereichen der Bundesregierung, beispielsweise bei den Ministerien für Bildung, Energie, Handel und Innere Angelegenheiten. Im Januar 2015 sprachen sich 58 republikanische Abgeordnete des Repräsentantenhauses für eine Abschaffung der Bundessteuerbehörde, Internal Revenue Service, aus. <sup>10</sup> Einige Republikaner, die für den Kongress kandidieren, fordern die Abschaffung sämtlicher staatlichen Schulen. <sup>11</sup> Im März 2015 stimmte der US-Senat, in dem die Republikaner die Mehrheit haben, mit 51 zu 49 Stimmen für



eine Ergänzung des Haushaltsbeschlusses, wonach der gesamte bundeseigene Grundbesitz verkauft oder verschenkt werden sollte, sofern er nicht militärisch genutzt oder als Nationaldenkmal oder Nationalpark geschützt sei. Davon wären Wälder, Wildschutz- und Wildnisgebiete betroffen gewesen.<sup>12</sup> Kein einziger US-Senator sprach sich 1970 gegen das Gesetz zur Reinhaltung der Luft (Clean Air Act) aus. 2014 forderte Senator David Vitter aus Louisiana, einem der Bundestaaten mit der stärksten Umweltverschmutzung, zusammen mit 95 republikanischen Kongressabgeordneten die Abschaffung der Umweltschutzbehörde (Environmental Protection Agency, EPA).<sup>13</sup>

Die Abkehr der Tea Party vom Staat könnte durchaus auf einen breiteren Trend hindeuten. In der Wirtschaftskrise der 1930er Jahre erwarteten Amerikaner staatliche Unterstützung vom Bund bei der wirtschaftlichen Erholung, nach der großen Rezession 2008 war jedoch eine Mehrheit der Amerikaner gegen solche Hilfen.<sup>14</sup> In dem Maße, wie die politische Spaltung sich vertieft und die Meinungen sich verhärten, steht immer mehr auf dem Spiel. Weder Bürger noch Politiker führen sonderlich viele Gespräche »across the aisle«, also über Parteigrenzen hinweg, was dem erstaunlich heiklen Governance-Prozess schadet. Selbstverständlich waren die Vereinigten Staaten auch früher schon gespalten. Im Amerikanischen Bürgerkrieg führten Meinungsdivergenzen zu etwa 750 000 Todesopfern. Auch in den stürmischen 1960er Jahren kam es zu heftigen Konflikten über den Vietnamkrieg, die Bürgerrechte und Frauenrechte. Doch letztlich ist eine Demokratie auf die kollektive Fähigkeit angewiesen, Dinge in eingehenden Gesprächen zu klären. Um dorthin zu gelangen, müssen wir herausfinden, was vorgeht – besonders in der sich rasch wandelnden und stärker werdenden Rechten.

## DAS GROSSE PARADOX

Angeregt von Thomas Franks Buch *Was ist mit Kansas los?* machte ich mich auf meine fünfjährige Reise ins Herz der amerikanischen Rechten, bepackt mit einem großen Paradox wie mit einem Rucksack.<sup>15</sup> Als Franks Buch 2004 erschien, lag der Spaltung zwischen rechts und links ein Paradox zugrunde. Seitdem hat sich diese Spaltung zu einer tiefen Kluft entwickelt.

In den gesamten Vereinigten Staaten gibt es in den sogenannten roten Bundesstaaten, wo also die Mehrheit Republikaner wählt, mehr Armut, mehr minderjährige Mütter, mehr Scheidungen, einen schlechteren Gesundheitszustand der Bevölkerung, mehr Fettleibigkeit, mehr unfallbedingte Todesfälle, mehr untergewichtige Neugeborene und einen geringeren Schulbesuch. Einwohner solcher »roten« Staaten sterben durchschnittlich fünf Jahre früher als die der »blauen« Staaten (wo die Mehrheit die Demokratische Partei wählt). Der Unterschied in der Lebenserwartung ist zwischen Louisiana (75,7 Jahre) und Connecticut (80,8 Jahre) ebenso groß wie zwischen den USA und Nicaragua.<sup>16</sup> Die roten Staaten leiden auch unter einem anderen wichtigen, aber kaum bekannten Aspekt, der das biologische Eigeninteresse an Gesundheit und Leben betrifft: industrieller Umweltverschmutzung.

Louisiana ist ein Extrembeispiel für dieses Paradox. Der Bericht des Social Science Research Council, *The Measure of America*, stuft jeden US-Bundesstaat nach dem Stand der »menschlichen Entwicklung« ein, basierend auf Lebenserwartung, Schulbesuch, Bildungsabschluss und mittlerem Einkommen. Unter 50 Bundesstaaten belegte Louisiana den 49. Platz und bei der allgemeinen Gesundheit nur den letzten Platz.<sup>17</sup> Laut der National Report Card von 2015 lag Louisiana bei den Lesefähigkeiten der Achtklässler auf dem 48. Platz und bei ihren Mathematikleistungen auf dem 49. Platz von 50. Nur acht von zehn Einwohnern Louisianas haben einen Highschool-

Abschluss und nur sieben Prozent einen Hochschulabschluss. Laut dem *Kids Count Data Book* der Annie E. Casey Foundation rangierte Louisiana beim Kindeswohl auf dem 49. Platz von 50. Dieses Problem erstreckt sich über alle ethnischen Gruppen: In Maryland lebt ein Schwarzer durchschnittlich vier Jahre länger, verdient doppelt so viel und hat mit doppelt so hoher Wahrscheinlichkeit einen Hochschulabschluss als ein Schwarzer in Louisiana. Und Weißen geht es in Louisiana schlechter als in Maryland oder in allen anderen Bundesstaaten außer Mississippi.<sup>8</sup> Zudem hat Louisiana erhebliche Umweltprobleme: Der Bundesstaat hat eine etwa 650 Kilometer lange flache, niedrige und weiter absinkende Küste und verliert stündlich Feuchtgebiete von der Größe eines Football-Feldes. Er ist vom Ansteigen des Meeresspiegels und schweren Hurrikanen bedroht, zwei Phänomenen, die führende Wissenschaftler der Welt mit dem Klimawandel in Verbindung bringen.

Angesichts einer solchen Fülle von Problemen sollte man erwarten, dass die Menschen Bundeshilfen begrüßen würden. Tatsächlich kommt ein erheblicher Anteil des Jahresetats der roten Bundesstaaten aus Bundesmitteln: Louisiana erhält 44 Prozent seines Etats, also pro Kopf und Jahr 2400 US-Dollar vom Bund.<sup>9</sup>

Mike Schaff heißt diese Bundesmittel jedoch nicht gut und zweifelt an wissenschaftlichen Belegen für den Klimawandel. »Über Erderwärmung mache ich mir in fünfzig Jahren Gedanken«, sagt er. Mike liebt seinen Bundesstaat und das Leben in der Natur. Doch statt auf den Staat zu setzen, baut er wie andere in der Tea Party auf den freien Markt. Mikes Mutter hatte den Demokraten Ed Edwards aus Louisiana gewählt, weil er Cajun war, und Jack Kennedy, weil er Katholik war; als Mike aufwuchs, war »Demokrat« noch kein Schimpfwort. Jetzt schon. Mike war lange in einer kleinen Firma beschäftigt und befürwortet den freien Markt für Unternehmen jeder Größe. Darin offenbart sich ein weiteres Paradox: Viele Tea-Party-Anhänger arbeiten in Kleinbetrieben oder sind

selbstständige Kleinunternehmer. Doch die von ihnen unterstützten Politiker treten für Gesetze ein, welche die Großkonzerne in ihrer Monopolstellung und ihren Möglichkeiten stärken, kleinere Unternehmen zu schlucken. Kleinbauern stimmen für Monsanto? Drugstore-Besitzer stimmen für Walmart? Der örtliche Buchhändler stimmt für Amazon? Wenn ich eine kleine Firma hätte, würde ich niedrigere Unternehmenssteuern sicher gut finden, aber die Monopole stärken, die mich aus dem Geschäft drängen könnten? Das konnte ich einfach nicht begreifen.

Diese Rätsel umgab ein noch größeres: Wie konnte ein System zugleich Leid verursachen und die Schuld von sich weisen? Durch unverantwortliche und beklagenswert unterregulierte Wall-Street-Investoren hatten viele Menschen 2008 ihre Ersparnisse, Häuser, Arbeitsplätze und Hoffnungen verloren. Dennoch verteidigen viele in der wachsenden kleinstädtischen Rechten Jahre später unter dem Banner der »freien Marktwirtschaft« die Wall Street gegen eine staatliche »Überregulierung«. Was ging da vor?

Die beste Möglichkeit, es herauszufinden, war vielleicht, die »Große Sortierung« umzukehren, mein blaues Umfeld und meinen blauen Bundesstaat zu verlassen, in einen roten Bundesstaat zu fahren und die Empathiemauer zu überwinden versuchen.<sup>20</sup> Meine Nachbarn und Freunde diesseits der Mauer sind alle mehr oder weniger wie ich. Sie haben mindestens einen Bachelor-Abschluss und lesen täglich die *New York Times*. Sie essen Biolebensmittel, trennen ihren Müll und fahren, wenn es geht, mit öffentlichen Verkehrsmitteln. Die meisten sind an einer der US-Küsten aufgewachsen. Manche sind Kirchgänger, viele bezeichnen sich zwar als »gläubig«, gehen jedoch nicht regelmäßig in die Kirche. Viele arbeiten im öffentlichen Dienst oder bei gemeinnützigen Organisationen und sind über das alles ebenso fassungslos wie ich. Als ich mit den Recherchen anfang, hatte ich keine engen Freunde, die in den Südstaaten geboren waren, nur einen, der in der Ölbranche arbeitete, und keinen, der in der Tea Party war.

Alec MacGillis gibt in seinem Artikel »Who Turned My Blue State Red?« in der *New York Times* eine faszinierende Antwort auf das große Paradox.<sup>21</sup> Nach seiner Argumentation begrüßen die auf Medicare und Lebensmittelkarten angewiesenen Einwohner roter Bundesstaaten diese Sozialleistungen, gehen jedoch nicht zur Wahl, während diejenigen, die auf der sozialen Stufenleiter ein bisschen höher stehen – weiße Konservative –, solche Leistungen nicht brauchen, sich aber an Wahlen beteiligen – und gegen staatliche Gelder für die Armen stimmen.

Diese »Zwei-Stufen-höher«-These beantwortet die Frage sicher zu einem gewissen Teil, aber keineswegs vollständig. Zum einen nutzen die Bessergestellten, die gegen staatliche Sozialleistungen sind, sie dennoch, wie ich feststellen sollte. Praktisch jeder Tea-Party-Anhänger, den ich für dieses Buch interviewte, hat persönlich oder über ein enges Familienmitglied von einer staatlichen Leistung profitiert. Mehrere haben hilfsbedürftige alte Eltern, die keine private Pflegeversicherung besitzen, und haben sie für bedürftig erklären lassen, damit sie Leistungen aus der staatlichen Gesundheitsfürsorge Medicaid erhalten können. Ein Mann, dessen Frau an einer schweren Krankheit litt und deren Pflege ihn finanziell ruiniert hätte, ließ sich im Guten von ihr scheiden, damit sie Medicaid beziehen konnte. Der körperlich gesunde Bruder einer Frau, die dieses Verhalten missbilligte, – beide Tea-Party-Anhänger – bezog staatliche Lebensmittelhilfen (SNAP). Die meisten sagten: »Wenn es sie schon gibt, warum soll man sie dann nicht nutzen?« Viele schämten sich jedoch und baten mich, ihre Identität nicht preiszugeben, woran ich mich gehalten habe. Die Scham hinderte die Gegner staatlicher Leistungen aber nicht daran, sie in Anspruch zu nehmen.

MacGillis unterstellt, Wähler handelten tatsächlich in ihrem Eigeninteresse. Doch tun sie das wirklich? Die »Zwei-Stufen-höher«-Idee erklärt nicht, warum in roten Bundesstaaten Wähler, die selbst keine Milliardäre sind, sich gegen eine Besteuerung von Milliardären wenden, obwohl diese Steuereinnahmen dazu beitragen

könnten, eine Stadtbibliothek oder Spielplätze in einem Stadtpark auszubauen. Die beste Möglichkeit, MacGillis' Idee zu überprüfen, war meiner Ansicht nach, sich ein Problem herauszugreifen, das auch gut situierte Wähler in armen Bundesstaaten haben, und zu zeigen, dass sie auf diesem Gebiet ebenfalls staatliche Unterstützung ablehnen. Anders ausgedrückt: Die zwei Stufen höher stehenden Wähler könnten sagen: »Kürzen wir die Sozialhilfe für die Armen, denn ich bin nicht arm.« Oder: »Was kümmert mich die Verbesserung staatlicher Schulen. Mein Kind besucht eine Privatschule« – obwohl ich niemanden so habe reden hören. Sie haben jedoch andere Probleme, bei denen der Staat ihnen helfen könnte, und das bringt mich zum Schlüssellochthema dieses Buches: Umweltverschmutzung. Eine eingehende Untersuchung dieses Problemfelds müsste mir nach meiner Einschätzung die allgemeinere Sichtweise der Menschen erschließen, die ihre Reaktionen auf diese wie auch auf viele weitere Probleme speiste.

Fürs Erste wollte ich ins geografische Herz der Rechten fahren: in die Südstaaten. Nahezu ihren gesamten Zuwachs der jüngsten Zeit hat die Rechte südlich der Mason-Dixon-Linie erfahren, also der fiktiven Grenze zwischen Nord- und Südstaaten, in einem Gebiet, das die ehemaligen Konföderierten Staaten umfasst und etwa ein Drittel der US-Bevölkerung stellt. In den letzten beiden Jahrzehnten haben die Südstaaten ein Bevölkerungswachstum von 14 Prozent erlebt. Zwischen 1952 und 2000 ist die Wählerschaft der Republikaner unter den weißen Highschool-Absolventen im Süden um 20 Prozent gestiegen, unter den weißen College-Absolventen war der Anstieg noch höher.<sup>22</sup> Landesweit gab es unter Weißen einen Rechtsruck: Zwischen 1972 und 2014 sank ihre Parteibindung an die Demokraten von 41 auf 24 Prozent, während jene an die Republikaner von 24 auf 27 Prozent stieg. (In dieser Zeit nahm auch die Zahl der Weißen ohne Parteibindung zu, die überwiegend nach rechts tendierten.) Wenn ich also die Rechte verstehen wollte, musste ich den weißen Süden kennenlernen.<sup>23</sup>